



SECHS EINGANGSKLASSEN FÜR GESAMTSCHULE

Umwandlung der Swisttaler Sekundarschule erfolgt erst 2021/22

>>> Seit Monaten beschäftigen sich die Ratsfraktionen und die Verwaltung in Rheinbach mit der Situation der Gesamtschule. Die bisherige Aufnahmekapazität der Schule und die aktuellen Vorgaben aus dem Schulgesetz lassen befürchten, dass nicht allen Rheinbacher Kindern ein Schulplatz an der Gesamtschule Rheinbach garantiert werden kann. Seit Gründung der Gesamtschule belegen insbesondere Swisttaler Schüler pro Jahrgang mehr als eine Klasse an der Rheinbacher Gesamtschule. Deshalb begrüßt die SPD die Planungen in Swisttal, die dortige Sekundarschule in eine Gesamtschule umzuwandeln. Start soll aber erst im

Schuljahr 2021/2022 sein. Erst dann entfällt für Rheinbach die Verpflichtung, weiterhin Kinder aus Swisttal an der Gesamtschule in Rheinbach aufnehmen zu müssen.

Der Schulausschuss hat deshalb bereits jetzt die Verwaltung beauftragt, für das kommende Schuljahr wieder mit sechs Eingangsklassen zu planen und rechtzeitig alle erforderlichen baulichen und organisatorischen Vorbereitungen zu treffen. Die SPD möchte in Rheinbach eine Gesamtschule, die ihren Bildungsauftrag optimal erfüllen kann. Dazu zählt neben der baulichen auch die personelle Ausstattung. Die

Mehrklasse bedeutet eine erhebliche Belastung für die Schule, weil der Unterricht erneut nur in einer Containeranlage möglich sein wird. Die Beschaffung muss rechtzeitig durch die Verwaltung erfolgen und nicht wie im laufenden Schuljahr erst im November 2019 zur Verfügung stehen. Und auch für die Erteilung des Sportunterrichts muss zeitnah ein Angebot geschaffen werden. Die SPD hatte bereits bei der Beratung des Haushaltes 2019 den Bau von mindestens einer sogenannten Einfeldturnhalle gefordert, ist aber am Widerstand von CDU und FDP gescheitert.

MEHR TUN FÜR BEZAHLBAREN WOHNRAUM

SPD fordert Quote in allen Bebauungsplänen

>>> Bundesweit fehlen Millionen Sozialwohnungen. Mehr und mehr Menschen können sich das Wohnen auch in Rheinbach nicht mehr leisten, weil Wohnungen viel zu oft ausschließlich zu Renditeobjekten geworden sind und so preiswerter, bezahlbarer Wohnraum fehlt. Seit Jahren fordert die SPD Rheinbach, eine aktive Wohnungspolitik zu betreiben und einen Anteil von min-

destens 15 Prozent für den geförderten Wohnungsbau an den realisierten Vorhaben in allen neuen Wohnquartieren festzuschreiben. Dies gilt insbesondere für die Bauvorhaben auf dem Majolika-Gelände und dem Pallotti-Areal. Der Bürgermeister und die Ratsmehrheit von CDU und FDP lehnten bislang alle SPD-Anträge dazu ab.

Fehlender Wohnraum führt zu explodierenden Mieten. Die aktuelle Mietpreisentwicklung vertieft die Spaltung unserer Gesellschaft. Erst wenn genügend Wohnraum vorhanden ist, werden sich die außer Kontrolle geratenen Mietpreise normalisieren und damit ist eine entscheidende Voraussetzung für den sozialen Frieden wieder hergestellt.



FAHRRADFAHREN IST KLIMASCHUTZ

Seit Jahren kämpft die SPD Rheinbach für Verbesserungen des Radwegenetzes

>>> Welcher Fahrradfahrer kennt das nicht: Plötzlich hört der Fahrradweg auf und man muss auf die Fahrbahn ausweichen oder die Straßenseite wechseln, weil der Radweg dort weitergeht. Selbst kurze Wege zum Einkaufen werden zur Herausforderung, da Wege und Straßen

für das Radfahren nicht oder schlecht ausgebaut sind. Aber besonders die Schulwege müssen den Anforderungen von Kindern und Jugendlichen gerecht werden, die mit dem Fahrrad zur Schule fahren. Es ist unser Ziel, den Autoverkehr in der Innenstadt deutlich zu reduzieren

und das Fahrradfahren zu fördern. Das kann gelingen, wenn man Radwege konsequent ausbaut und sichere Abstellmöglichkeiten für Fahrräder schafft. Nur bedauerlich, dass die CDU/FDP Mehrheit alle entsprechenden SPD-Anträge bisher ablehnt hat!

JETZT NEUE KINDERGARTENPLÄTZE SCHAFFEN

>>> Bereits bei der Vorstellung der Jugendhilfeplanung für das Jahr 2019 im März dieses Jahres wurde deutlich, dass in Rheinbach Kindergartenplätze für Kinder über drei Jahre fehlen, die sich inzwischen auch nicht mehr durch Überbelegungen schaffen lassen. Spätestens zum Kindergartenjahr 2020/2021 besteht der Bedarf für zwei weitere Kindergartengruppen für Kinder über 3 Jahre. Die Planung macht deutlich, dass 43 Plätze fehlen. Dabei sind die geplanten neuen Wohnquartiere des Pallotti- und Majolika-Areals noch nicht berücksichtigt worden. Unserer Auffassung nach ist deutlich erkennbar, dass die Stadt einen weiteren Kindergarten benötigt, der zeitnah gebaut werden muss. Die

Eltern müssen Planungssicherheit haben, damit sie Familie und Beruf unter einen Hut bekommen können.

Für die SPD ist es zudem wichtig, dass die Betreuungsqualität nicht leidet und die Erzieher/innen nicht durch zu große Kindergartengruppen zusätzlich belastet werden.

Zur Finanzierung eines neuen Kindergartens sollen Mittel aus dem „Gute-Kita-Gesetz“ von Bundesfamilienministerin Franziska Giffey, das am 1. Januar 2019 in Kraft getreten ist, in Anspruch genommen werden. Mit dem Gesetz unterstützt der Bund mit insgesamt 5,5 Milliarden Euro bis 2022 die frühkindliche Bildung.

INHALT DIESER AUSGABE

SPD nominiert **Denis Waldärtl** als Landratskandidat *Seite 2*

Mit **Gratis-Fahrkarten** unsere ehrenamtlichen Retter und Helfer stärken *Seite 3*

Sechs Eingangsklassen für die **Gesamtschule** *Seite 4*

SPD setzt sich ein für **bezahlbares Wohnen** *Seite 4*



SPD RHEIN-SIEG FEIERTE MIT BÜRGERFEST 50. GEBURTSTAG

>>> Vor 50 Jahren entstand der Rhein-Sieg-Kreis aus dem Siegkreis und Teilen des Landkreises Bonn. Aus diesem Grund fanden auch rechts- und linksrheinische SPD-Mitglieder - nicht immer ganz reibungsfrei - zusammen und gründeten den Kreisverband Rhein-Sieg. Die Geschichte der Sozialdemokratie im Kreisgebiet reicht jedoch viel weiter zurück. In diesem Jahr feiern

viele Ortsvereine ihr 100-jähriges Jubiläum, die nach dem Zusammenbruch des Kaiserreiches und der Einführung der Demokratie durch die sozialdemokratische Reichsregierung ins Leben gerufen wurden.

„Wir wollen unseren Geburtstag nicht mit langen Festvorträgen in dunklen Hallen feiern und laden deshalb zu einem großen Bürgerfest ein. Wir wollen

mit den Menschen ins Gespräch über die wichtigen aktuellen Themen vor Ort kommen“, begrüßte der Kreis- und Landesvorsitzende der SPD, Sebastian Hartmann, die zahlreichen Gäste auf dem Stadtsoldatenplatz in Hennef. Das Konzept ging auf, viele folgten der Einladung. Auf der Bühne sorgten den ganzen Tag junge Künstlerinnen und Künstler aus der Region für beste Unterhaltung.

LIEFERN AM LIMIT

>>> Sie klingeln häufig an den Türen und doch gelangen die Arbeitsbedingungen von Fahrradkurieren und Paketboten nur selten in den Blick der Öffentlichkeit. „Wir diskutieren lieber über die Schadstoffklasse der Lieferfahrzeuge als über die zum Teil skandalösen Strukturen in der Lieferbranche“, so der Juso-Kreisvorsitzende Mario Dahm zu Beginn einer Podiumsdiskussion unter dem Titel „Lieferrn am Limit“. Welche neuen Formen von Arbeit und Ausbeutung mit der Digitalisierung entstehen, konnten der ehemalige Fahrradkurier Orry Mittenmayer und ver.di-Experte Uwe Speckenwirth aus erster Hand berichten. Landtagsabgeordnete Sarah Philipp forderte Arbeitnehmerrechte auch in der digitalen Plattformwirtschaft. Einen wichtigen Schritt konnte die SPD in der Bundesregierung nun erreichen: Mit der Nachunternehmerhaftung wird Ausbeutung bei Paketdiensten effektiv bekämpft.

DENIS WALDÄSTL WILL LANDRAT WERDEN

Mobilität, Wohnen, Familie und Gesundheit sind Schwerpunkte

>>> Stellvertretender Landrat ist er schon. Nun will der 32-jährige Bankkaufmann und Kreistagsabgeordnete aus Sankt Augustin Landrat des Rhein-Sieg-Kreises werden. Einstimmig nominierte die SPD Denis Waldästl auf ihrem Parteitag zum Landratskandidaten für die Wahl am 13. September 2020. Zu seinen Schwerpunkten machte Waldästl die Themen Mobilität, Wohnen, Familien und Gesundheit.

Um den Dauerstau in der Region Bonn/Rhein-Sieg zu bekämpfen und das Klima zu schützen, will der Sozialdemokrat in den Öffentlichen Nahverkehr investieren und das „1-Euro-Ticket“ einführen. Dafür setzt er auf eine regional abgestimmte Verkehrsplanung statt Kirchturnmenden. In der Boom-Region wird der Wohnraum knapp. Viele Menschen finden keine bezahlbare Wohnung mehr. Deshalb will die SPD endlich konsequent in den öffentlichen Wohnungsbau investieren. Fami-

lien will Waldästl über die Abschaffung der Betreuungsgebühren wirksam entlasten, wie es im sozialdemokratisch regierten Nachbarbundesland längst der Fall ist. Auch die Gesundheitsversorgung liegt Waldästl am Herzen.

„Die Diskussion um die Kinderklinik zeigt, dass die Versorgung auch im ländlichen Raum oberste Priorität erhalten muss“, so Waldästl.



KOSTENLOSE FAHRKARTEN FÜR HELFER UND RETTER

SPD-Vorschlag für freiwillige Feuerwehren und Rettungsdienste abgelehnt

>>> Ein Zeichen für den Klimaschutz und vor allem der Wertschätzung wollte die SPD-Kreistagsfraktion mit ihrem Antrag setzen, den Aktiven in den freiwilligen Feuerwehren und ehrenamtlichen Rettungsdiensten kostenlose Tickets für Bus und Bahn zur Verfügung zu stellen. „Sie sind Tag und Nacht ehrenamtlich für uns im Einsatz. Würden die freiwilligen Feuerwehren und Rettungsdienste nicht existieren oder keinen Nachwuchs mehr finden, kämen enorme Kosten auf uns alle zu, denn dann müsste Städte und Gemeinden hauptamtliche Kräfte beschäftigen und bezahlen. Wir wollen mit den kostenlo-

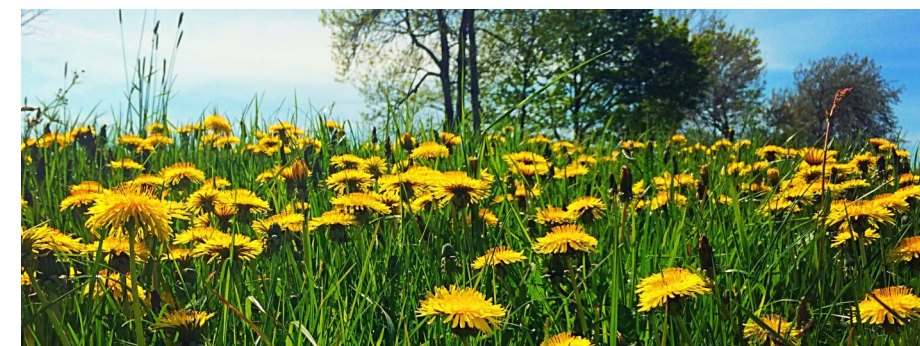
sen Tickets einen kleinen Anreiz für dieses wichtige Engagement setzen“, erklärt der SPD-Fraktionsvorsitzende Dietmar Tendler. Natürlich leisten Ehrenamtler auch in vielen anderen Bereichen

„Ein Zeichen der Wertschätzung“

eine herausragende Arbeit für die Gesellschaft. Deshalb möchte die SPD-Kreistagsfraktion ihren Vorschlag auch als Anfang verstanden wissen. So sprach sich die NRWSPD kürzlich dafür aus, ehrenamtliches Engagement im

ganzen Land u.a. durch kostenlose ÖPNV-Tickets aus Landesmitteln zu fördern. „Perspektivisch wird man an einem massiv vergünstigten oder gar kostenfreien Nahverkehr ohnehin nicht vorbeikommen“, so Tendler.

„Leider können wir im Rhein-Sieg-Kreis aber nicht einmal den ersten Schritt für die Aktiven bei Feuerwehren und Rettungsdiensten machen“, bedauert Antragssteller Ömer Kirli (SPD). Im Verkehrsausschuss lehnten CDU, Grüne, FDP und „AfD“ den Vorschlag der Sozialdemokraten ab.



LOKALER KLIMASCHUTZ IST GESAMTAUFGABE

Anstrengungen des Kreises müssen verstärkt werden

>>> Vor elf Jahren bescheinigte eine Studie dem Rhein-Sieg-Kreis das Potenzial, sich mit erneuerbaren Energien zu 100% selbst versorgen zu können. Heute muss man festhalten: Seit dem ist nicht genug passiert. Darüber konnte auch das laute Eigenlob der Koalition aus CDU und Grünen im Kreisumweltausschuss nicht hinwegtäuschen. Mit großer Mehrheit, nur die sogenannte „AfD“ stimmte dagegen, brachte der Ausschuss nun ein Maßnahmenpaket für mehr Klimaschutz im Rhein-Sieg-Kreis auf den Weg, bei dem die SPD-Kreistagsfraktion noch wichtige Punkte ergänzen konnte. Beim Ausbau des Nahverkehrs soll nun auch auf den Fahrpreis geachtet werden. Dieses Ziel hatten weder Kreisverwaltung noch CDU und Grüne formuliert. Die Preise

für Bus und Bahn müssen sinken, um die Verkehrswende voranzutreiben. Außerdem soll das Thema Begrünung von Dach- und Fassadenflächen, ggfs. auch von Bushaltestellen, stärker verfolgt werden.

Nicht zuletzt war es der SPD-Fraktion wichtig, das Ziel eines sozial gestalteten Klimaschutzes in den Maßnahmenplan aufzunehmen. Klimaschutz darf kein Projekt der Besserverdienenden sein und die Gesellschaft nicht weiter spalten. Denn alle Maßnahmen im Kampf gegen den Klimawandel werden nur nachhaltig Wirkung entfalten können, wenn sie breite gesellschaftliche Akzeptanz finden. Was passiert, wenn dies nicht gelingt, muss man leider in anderen Staaten mit Entsetzen beobachten.

KINDERKLINIK MUSS ERHALTEN BLEIBEN

>>> Geschlossen hat der Kreistag die Entscheidung des Asklepios-Konzerns kritisiert, die Kinderklinik in Sankt Augustin schließen zu wollen. Wichtigstes Ziel muss es sein, die medizinische Versorgung von Kindern und Jugendlichen im Rhein-Sieg-Kreis zu sichern. Seit dem Beschluss des Kreistages sind Monate vergangen, über 100 Mitarbeiter haben die Klinik verlassen. In einer Anfrage möchte die SPD von Landrat wissen, wie der aktuelle Stand der Gespräche des Kreises mit dem Konzern ist. Anstatt der Schließung, wäre eine Kooperation mit der Uniklinik Bonn zu prüfen. Auch hierzu möchte die SPD-Fraktion wissen, ob bereits Gespräche gelaufen sind. Für den Kreistagsabgeordneten Denis Waldästl ist klar: „Eine Lösung muss schnell gefunden werden. Je länger wir ohne Ergebnisse in der Hand dastehen, desto mehr Mitarbeiter verlassen die Klinik. Wir brauchen Planungssicherheit. Die Kinderklinik in Sankt Augustin wird für die Versorgung im ganzen Kreis benötigt!“